Heute „Technische Rundschau"

Morgen-Ausgabe

Einzel-Nummer 20 Pfennig.

Erscheint wöchentlich zwölfmal. Illustrierte Gratis-Wochenschriften: „Der Weltspiegel", „Modenspiegel", „Technische Rundschau", „Sportspiegel", „ULK", „Haus Hof Garten", „Jede Woche Musik". Bezugspreis: wöchentlich 1,25 Goldmark einschl. Zustellung durch die Botenfrau, im voraus zahlbar; durch die Post 5,50 Goldmark monatlich exkl. Zustellung, Ausland ausschl. Postaufschlag bzw. Kreuzbandporto. Auslands-Bezug durch die Hauptexpedition und die Postanstalten in Deutsch-Oesterreich, Tschechoslowakei, Ungarn, der Schweiz, Italien, Luxemburg, Holland, Dänemark, Schweden, Norwegen, Finnland, Lettland, Estland; für alle übrigen Staaten ist der Bezug nur mit Kreuzband durch die Expedition dieses Blattes möglich. Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts. In Groß-Berlin abonniert man bei der Hauptexpedition SW. 19, Jerusalemer Str. 46—49 und den nebenstehend aufgeführten Filialen. (Fernspr.: Dönhoff 3440—3455, für den Fernverkehr 4207—4209.) Telegramm-Adresse: „Berlibla", Berlin. Rudolf Mosse-Code. – Postscheckkonto Nr. 324. Rudolf Mosse, Berlin NW. 7. Anzeigenpreis: Die 12gespaltene Zeile 1 Goldmark. Die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen, in bestimmte Ausgaben oder an bestimmte Stellen wird nicht gewährleistet.
Chefredakteur: Theodor Wolff in Berlin.

Inseraten- und Abonnements-Annahme in Groß-Berlin: Hauptexpedition SW. 19, Jerusalemer Straße 46/49. Filialen: Leipziger Straße 103; Potsdamer Straße 33; Zimmerstraße 59; Königstraße 56/57; Rosenthaler Straße 48; Schönhauser Allee 144; Moritzplatz; Köpenicker Straße 67/68; Rathenower Straße 3; Turmstraße 61; Schiffbauerdamm 4; Kochhannstraße 9; Große Frankfurter Straße 101; Frankfurter Allee 286 und 346; Blücherstraße 69; Fidicinstraße 9; Wiener Straße 1/6; Greifswalder Straße 197; Fennstraße 1; Müllerstraße 135; Badstraße 61; Rheinsberger Straße 79; Charlottenburg: Tauentzienstraße 2; Kantstraße 34; Scharrenstr. 39; Nürnberger Straße 25/26; Kaiserdamm 20; Friedenau: Rheinstraße 19; Halensee-Grunewald: Henriettenplatz; Lichtenberg: Frankfurter Allee 241; Lichterfelde-West: Carlstr. 1/2; Neukölln: Berliner Str. 41; Hermannstr. 93/94; Kaiser-Friedrich-Str. 247/248; Pankow: Bornholmer Str. 1; Schmargendorf: Breite Straße 14; Schöneberg: Hauptstraße 23/24; Martin-Luther-Straße 9; Steglitz: Albrechtstr. 130; Tempelhof: Berliner Str. 147; Treptow: Krüllsstr. 7; Weißensee: Streustr. 126; Wilmersdorf: Uhlandstr. 88; Kaiserplatz 13. In der Provinz: Brandenburg a. d. H.: Hauptstr. 4; Breslau: Schweidnitzer Str. 21/22; Cöpenick: Schloßstr. 1; Frankfurt a. O.: Regierungsstr. 4a; Niederschöneweide: Brückenstr. 22; Potsdam: Brandenburger Str. 23; Spandau: Breite Straße 47; Stettin: Paradeplatz 8.
Druck und Verlag: Rudolf Mosse in Berlin.

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Nr. 58
Ausgabe für Berlin

54. Jahrgang
Mittwoch, 4. Februar 1925

Vertrauensvotum für Herriot.

Leon Blum für die Politik der Verständigung.

Nicht „nationale Souveränität sondern internationales Schiedsgericht". — Gegen die Verschleppungspolitik in der Räumungsfrage.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Paris, 3. Februar.

Die Vormittagssitzung der Kammer begann um 10 Uhr. Der Führer der Sozialisten, Léon Blum, erklärte, daß er einige Worte über die gestrige Abstimmung zu sagen wünsche. Die Sozialisten hätten gegen die Zurückweisung des Gesetzvorschlages an die Kommission gestimmt, wie sie gegen jede andere Vermehrung der Ausgaben protestiert hätten. Aber die Frage der Botschaft beim Vatikan an sich erscheine ihnen nicht als besonders wichtig. Die Erregung einer Anzahl der Deputierten der Linken sei dadurch zu erklären, daß die Auffassung bestand, der Ministerpräsident habe nach der Rede von Leygues den Gegnern, die er bisher immer bekämpft habe, eine Konzession machen wollen.

Herriot: Ich begreife diese Erregung und diese Vermutung nicht. Vor der Sitzung, also ehe noch Herr Leygues gesprochen hatte, habe ich den Vorschlag, den ich der Kammer unterbreiten wollte, mit dem Vorsitzender und dem Berichterstatter der Finanzkommission im Wortlaut vereinbart. (Bewegung.)

In der Rede Léon Blums, die von Zwischenrufen und Protesten der Rechten sehr häufig unterbrochen wurde, zeigte sich trotz seiner Bemühungen, dem Ministerpräsidenten in seinem Kampfe gegen die Opposition beizustehen, ein gewisser Gegensatz der Anschauungen. Herriot und die Radikalen halten die Abschaffung der Botschaft beim Vatikan für eine grundsätzliche Verpflichtung der Partei; Blum und der größte Teil der Sozialisten schätzen diese Frage ausschließlich nach Gesichtspunkten der praktischen Politik ein, hüten sich dabei aber aus taktischen Gründen sorgfältig vor jeder Erhitzung religiöser Leidenschaften. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß in dieser Frage die Sozialisten geschickter manövrieren, als Herriot, aber es ist möglich, daß trotz der bestehenden Differenzen ein Kompromiß zustande kommt, wobei allerdings die Sozialisten ihre Bedingungen stellen werden. Alle diese Erwägungen sind aus der Rede Blums zu erkennen. Der Sozialist führte aus: „Für uns kommt es einfach auf die Frage an, ob die Erhaltung der Botschaft beim Vatikan den Interessen Frankreichs nützt. Es scheint mir klar zu sein, daß der Papst für Frankreich sein wird, wenn die französische Politik den Interessen der Kirche förderlich ist, und daß er sich gegen Frankreich erklären wird, wenn die Kirche ihre Vorteile auf der anderen Seite findet. Die sozialistische Partei ist für vollkommene Gewissensfreiheit und muß es deshalb ablehnen, an einer Debatte über religiöse Doktrinen teilzunehmen. In dem Kampf, der hier geführt wird, kann unser Verhalten nur durch taktische Erwägungen bestimmt werden. Leider ist es wahr, daß die Kirche seit einem Jahrhundert beständig im Dienste der Reaktion und der Monarchisten gestanden hat.

Diese Interessenvereinigung war schädlich für Frankreich und ebenso schädlich für die Kirche. (Lebhafter Beifall links.) Trotz dieser dauernden Provokation kann die sozialistische Partei der Kirche nicht den Krieg erklären. Die einzig mögliche Haltung für uns ist absolute Neutralität. Der Ministerpräsident hat erklärt, daß die nationale Souveränität über jedem Glaubensstreit stehen müsse. Die Sozialdemokratie betrachtet als eines ihrer letzten Ziele nicht die nationale Souveränität, sondern das internationale Schiedsgericht. Die Kirche kann im Leben der modernen Staaten die Rolle des vorurteilsfreien Schiedsrichters nicht mehr ausüben. Diese Aufgabe widerspricht vorläufig auch noch der bürgerlichen Staatsauffassung der weltlichen Mächte. Die Nachfolge der geistlichen Herrschaft muß der internationale Sozialismus übernehmen."

Die Fortsetzung der Rede Blums in der Nachmittagssitzung ist interessant und wichtig zugleich. Blum spricht über die Auffassung der Sozialisten in der Räumungsfrage. Der Redner beginnt mit einer Bemerkung, die sich auf den Lärm der Rechten in der Vormittagssitzung bezieht. Er sagt: „Ich wiederhole hier noch einmal die Behauptung, gegen die einige Herren der Opposition so empört protestierten: **Die wesentlichen internationalen Fragen können nicht mehr durch die Berufung auf das souveräne Recht einer einzelnen Nation gelöst werden.** Die Regelung aller wichtigen Aufgaben von internationaler Bedeutung hängt stets von einer Verständigung aller beteiligten Völker, ich darf sagen, aller Völker ab. Denn in unserer Zeit ist das Interesse der Nationen so ineinander verstrickt, daß nicht eine einzelne Masche aufgelöst werden kann, ohne das ganze Geflecht zu zerreißen. (Beifall links, stürmische Proteste rechts.) Deshalb hat meine Partei gegen den Anschlag der Rede des Deputierten Marin gestimmt, die durch ihren Appell an die Bundesgenossen zu neuen schweren Enttäuschungen geführt hätte. Oder macht sich über die Regelung der französischen Kriegsschulden wirklich noch jemand Illusionen? (Beifall links.) Wichtiger ist vorläufig die Frage der Sicherheit und die Besetzungsverlängerung am Rhein. **Ich bedauere es außerordentlich, daß der Bericht der Kontrollkommission nicht vor dem 10. Januar veröffentlicht worden ist. Wäre das geschehen, dann wäre der heroische Kampf der deutschen Linken gegen den Nationalismus gestärkt worden.** (Großer Beifall der Linken.)

Blum fährt fort: „Es wäre unerklärlich, wie ein bewaffnetes Volk, das einem zum Teil entwaffneten Volk gegenübersteht, sich um die Sicherheit seiner Grenzen Sorge machen muß, wenn man nicht immer daran denken müsse, daß die **Haltung Frankreichs gegenüber Deutschland von der Unterzeichnung des Friedensprotokolls durch England und Amerika abhängig ist.** Auch auf diesem Umweg kommen wir stets zu der gleichen Schlußfolgerung zurück: die Notwendigkeit einer internationalen Völkerordnung, die Sicherheit durch Abrüstung und Schiedsgericht." (Großer Beifall links, Unterbrechungen rechts.) Blum verlangt einen internationalen Steuerschutz zur Verhinderung der Kapitalsverschiebung, eine internationale Gesetzgebung, die der nationalen Souveränität Grenzen setzt, eine internationale Regelung aller Fragen, die sich auf Arbeit, Rüstungen, Kolonisation, Auswanderung und Einwanderung beziehen. (Beifall links.) Blum kommt zum Schluß. Er sagt: **Die schwerste Folge des Krieges für Europa ist die Verschiebung des Schwerpunktes der Welt.** Der Schwerpunkt liegt nicht mehr in Europa. **Die Leitung der Weltgeschäfte ist aus dem verarmten Europa nach einer anderen Welt ausgewandert.** Darum müssen wir Europäer an eine internationale Ordnung denken. Die Sozialisten wollen nicht nivellieren, sondern erkennen die Verschiedenheit der Völker als berechtigt an. Aber wir wollen, daß in einer internationalen Organisation alle Völker vereint sind, jede Nation in ihrer Landestracht, mit ihrer alten Tradition und Sprache — aber alle die Töchter einer großen Welt in einem monumentalen Bau der Versöhnung, der durch die Flammen des Friedens erwärmt und durchleuchtet wird." (Großer Beifall links, Proteste und Lärm rechts.)

Der Kommunist Marcel Cachin erklärt, er halte es für seine Pflicht, auf die Anklagen zu antworten, die in der französischen Kammer gegen Sowjetrußland vorgebracht seien. Viele Deputierte, die keine Kommunisten sind und sogar einige Mitglieder der Regierung haben zugegeben, daß Frankreich von 1918—1922 in Rußland Krieg geführt habe, ohne daß eine Kriegserklärung erfolgt sei. Man hat Armeen und Flotten nach Rußland geschickt, die gegen die bolschewistische Erhebung kämpfen sollten. Cachin habe die früheren Regierungen vergeblich um Auskunft darüber ersucht, was diese Expeditionen gekostet haben. Er richte die gleiche Frage an die jetzige Regierung. Er fragt außerdem, wann endlich die Bestrafung der Männer erfolgen wird, die für diese ungesetzlichen und schädlichen Angriffe verantwortlich sind, die den Namen der französischen Republik mit Schande bedeckt haben. (Beifall bei den Kommunisten.) „Wann wird die Anklage gegen die beiden Ministerpräsidenten jener Zeit, gegen Millerand und Clemenceau, erhoben?" Cachin spricht von dem Riesenbetrug Frankreichs, in dem eine durch die zaristische Regierung bezahlte Presse für Rußland gewirkt hat. Er verlangt eine Untersuchung der Banken, die sich an den russischen Anleihen bereichert haben. Cachin protestiert gegen die Anklagen, die von den sozialistischen Deputierten gegen die Sowjetregierung erhoben sind. Er nennt dabei den Namen von Matthias Morhard, für den ein radikaler Abgeordneter eintritt. — Der Sozialist Marins Noutet: Matthias Morhard ist ganz gewiß ein Mann von größter Loyalität, aber weiß der Herr, der eben für ihn eingetreten ist, daß Morhard aus Ueberzeugung für die Unschuld Deutschlands und für die volle Verantwortung Frankreichs beim Ausbruch des Weltkrieges eintritt? (Bewegung.)

Cachin fährt fort: Das russische Proletariat wird es nicht vergessen, daß die brutalsten und verwerflichsten Lügen über die bolschewistische Bewegung in der französischen Kammer von den Sozialisten ausgesprochen worden sind. (Die Kommunisten erheben sich und beginnen die Internationale zu singen. Gewaltiger Lärm. Der Präsident hebt die Sitzung auf und verläßt den Saal.)

Als um 6 Uhr die Verhandlungen fortgesetzt werden, liegt ein Antrag auf Schluß der Diskussion vor, der angenommen wird. Die Abstimmung über den § 9 soll jetzt beginnen. Vorher richtet der Deputierte Marquis de la Ferronays noch einige Fragen über die Ernennung eines Botschafters für die Türkei an den Ministerpräsidenten. De la Ferronays wünscht zu wissen, wann der Botschafter ernannt wird, und ob er seinen Sitz in Konstantinopel oder Angora haben soll. Herriot verspricht schriftliche Antwort. Nach einigen weiteren Bemerkungen verschiedener Deputierter, die ihr Votum erklären wollen, wird über den viel umstrittenen Artikel 9 abgestimmt.

(Siehe auch Seite 2.)

Zum Besuch Dr. Franks und Dr. Dinghofers in Berlin.

Die Sorgen der französischen Presse.

(Von einem österreichischen Politiker.)

Wien, 1. Februar.

Die Berliner Reise der beiden großdeutschen Führer Dr. Frank und Dr Dinghofer hat die Frage nach der Zukunft Oesterreichs, von der es seit der Einleitung des Genfer Sanierungswerkes stille geworden war, aufs neue auf die europäische Tagesordnung gesetzt. Nicht nur der Inhalt der von den beiden Politikern in Berlin gemachten Aeußerungen, sondern schon die Tatsache der Reise selbst hat im Auslande Aufsehen erregt, in Frankreich auch Beunruhigung. Die Aeußerungen Dinghofers scheinen ungenau wiedergegeben worden zu sein, jene des ehemaligen Vizekanzlers Dr. Frank geben aber eine vollkommen klare, jeder Anzweifelung entrückte Vorstellung von den Absichten dieses politischen Ausfluges und von Inhalt und Tragweite der Unterredungen, die die beiden österreichischen Politiker mit führenden Persönlichkeiten des Deutschen Reiches gepflogen haben. Auch in der Wiedergabe durch die deutschen Blätter, denen in der Pariser Presse die Neigung zugeschrieben wird, aus dem Vorgang eher etwas zu viel zu machen, besagen die Aeußerungen Franks und Dinghofers nicht mehr, als daß, wenn in Genf wieder einmal über die Zukunft Oesterreichs gesprochen werden sollte, eine wirtschaftliche Annäherung an Deutschland, die weiter reichen müßte, als die gegenwärtigen wirtschaftlichen Beziehungen, und daneben der möglichst starke Ausbau der alten Beziehungen zu den Nachfolgestaaten in Betracht gezogen werden müßten. Außerdem wurde, worüber nicht einmal in Paris Beschwerde erhoben wird, über die kulturellen Beziehungen, Erleichterungen des Reiseverkehrs und dergleichen gesprochen.

Die Franzosen wollen freilich wissen, daß in Berlin mehr gesagt und getan worden ist. Sie glauben, daß zumindest über den wirtschaftlichen Anschluß Oesterreichs an Deutschland, die Aufhebung der Zollgrenze, die Vereinheitlichung der Währungen verhandelt wurde, und sie fügen hinzu: aus dem wirtschaftlichen Anschluß würde notwendigerweise der politische werden, und den könnten die Mächte niemals zulassen. Der „Temps" verlangt sogar, daß die französische Regierung sich ungefähr in diesem Sinne in Wien vernehmen lasse. Oesterreich, sagt der „Temps" drohend, spiele da mit seiner Existenz.

Für das, was zu den authentischen Aeußerungen der beiden Großdeutschen hinzugefügt oder in sie hineingedeutet wird, können natürlich weder sie noch die österreichische Regierung verantwortlich gemacht werden. Der wirkliche Sachverhalt rechtfertigt die Pariser Aufregung nicht, und diese Aufregung verrät eher ein schlechtes politisches Gewissen. Man braucht nur die unwiderleglichen Tatsachen zusammenzustellen:

Erstens: Dr. Frank und Dr. Dinghofer sind nicht im Auftrag der österreichischen Regierung nach Berlin gefahren, sondern einfach als Führer einer nationalen Partei, die ihr großdeutsches Programm niemals aufgegeben hat, auch damals nicht, als sie sich mit den Christlichsozialen zur Durchführung des Genfer Sanierungswerkes verbündete.

Zweitens: Die beiden Politiker haben mit ihrer Reise keineswegs zum Ausdruck bringen wollen, daß sie an dem Gelingen des Sanierungswerkes zweifeln. Wenn einzelne österreichische oder reichsdeutsche Blätter das behauptet haben, so war das eine subjektive Auffassung.

Drittens: In Berlin war nicht von einem politischen Anschluß, ja nicht einmal von einem wirtschaftlichen im Sinne einer Aufhebung der Zollgrenzen usw. die Rede.

Viertens: Mehrfach haben Dr. Frank und Dr. Dinghofer in Berlin in ihren Aeußerungen daran angeknüpft, daß Oesterreich früher oder später wieder vor dem Völkerbund zu erscheinen haben werde. Schon daraus geht hervor, daß sie nicht an eine gewaltsame Umstoßung der internationalen Verträge, die Oesterreich die Bewahrung der Unabhängigkeit zur Pflicht machen, gedacht haben. Wer von Genf spricht, dem kann man schon nicht mehr die Absicht einer revolutionären Politik zuschreiben. Wohl aber kann man annehmen, daß, wer von Genf spricht, nicht bloß an das Sanierungswerk, das sich von den Genfer Protokollen des Jahres 1922 herschreibt, sondern auch an den Friedensvertrag von St. Germain denkt, in dessen Artikel 88 Oesterreich ausdrücklich das Recht zugestanden wird, sich an den Völkerbundsrat zu wenden, sobald es sich seiner Unabhängigkeit würde entäußern wollen. Der Völkerbundsrat würde über ein solches Ansuchen mit Einstimmigkeit zu entscheiden haben, d. h. ohne die Zustimmung des französischen Delegierten im Rat nicht in bejahendem Sinne entscheiden können. **Wenn die Großdeutschen in einer Erörterung über die Zu-**